



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

Empfehlungen für die Verhandlungsgruppe „Wirtschaft“ in den Koalitionsverhandlungen 2021

Kontakt: Jörg Mayer, Geschäftsführer / mayer@spectaris.de / 030-414021-18 / www.spectaris.de

Die deutschen Hersteller von Optik, Photonik, Analysen-, Bio-, Labortechnik sowie Medizintechnik zählen zu den wichtigsten Säulen des Hightech-Standorts Deutschland. Internationale Marktführer, viele „Hidden Champions“ und ein starker mittelständischer Kern prägen diese Branchen, die wir als Deutscher Industrieverband SPECTARIS vertreten.¹ Die meisten Mitglieder unseres Verbands entwickeln und produzieren in Deutschland und geben dadurch ein starkes Standort-Bekenntnis für Wertschöpfung und Beschäftigung ab. Im schwierigen Jahr 2020 erzielten die Betriebe einen fast gleichbleibenden Gesamtumsatz von rund 72 Mrd. Euro und beschäftigten rund 330.000 Menschen. Die Unternehmen sind dabei nicht nur ein Schlüssel für Innovation und Wirtschaftswachstum, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft, etwa in den Bereichen Gesundheit oder Klimaschutz. Die Medizin-, Analysen-, Bio- und Labortechnik tragen außerdem maßgeblich zur Bewältigung der Corona-Pandemie bei.

Es ist abzusehen, dass die Pandemie zu dauerhaften Verwerfungen der Weltwirtschaft führt, angefangen bei der Lieferketten-Problematik bis hin zu Wiederaufbauprogrammen mit stark protektionistischen Zügen. Aber die Krise birgt auch eine Chance: Wir brauchen jetzt mehr denn je eine Politik, die sich auf die Schaffung, die Erhaltung und die Förderung von Wettbewerbsvorteilen deutscher Schlüsseltechnologien und ihrer Industriebranchen am Standort Deutschland fokussiert. Dazu sollten wir in der deutschen Forschungs-, Industrie-, Mittelstands-, Digital- und Außenwirtschaftspolitik eine Zeitenwende hin zum echten Tun wagen. Die deutschen Rahmendbedingungen müssen vom Mittelfeld des internationalen Standortwettbewerbs wieder an die Spitze klettern. So können die Hightech-Unternehmen des Deutschen Industrieverbands SPECTARIS spürbar zum wirtschaftlichen Aufschwung nach Corona beitragen. SPECTARIS fordert daher die Politik auf, die folgenden vier Leitplanken wirtschaftspolitischen Handelns in den neuen Legislaturperioden von Bundes- und Landesregierungen zu berücksichtigen.

¹ Als international führende Mitgliedsunternehmen seien Unternehmen wie B.Braun/Aesculap, die Drägerwerke, Eppendorf, Jenoptik, KARL STORZ, OttoBock, Rodenstock, Sartorius oder ZEISS genannt.



1. Den industriellen Mittelstand ernst nehmen: Steuerreform, Digitalisierung, Level-Playing-Field, MINT-Offensive

Über viele Jahrzehnte haben sich deutsche Hightech-Unternehmen ihre internationale Marktposition hart erkämpft, sie sind bekannt für ihre Innovationskraft, Qualität und Lösungskompetenz. Der industrielle Mittelstand mit seinen vielen Familienunternehmen findet in Deutschland jedoch zu häufig Rahmenbedingungen vor, die ihn im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Dies zeigt unter anderem eine im Januar 2021 veröffentlichte Standortstudie des Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW.² Unter den 21 untersuchten Industrienationen zählt Deutschland mit Platz 17 zu den Schlusslichtern.

Insbesondere hinsichtlich der steuerlichen Belastung der Unternehmen ist die Bundesrepublik im Vergleich mit den europäischen und amerikanischen Wettbewerbern demnach ins Hintertreffen geraten. Auch Wirtschaftsforscher halten eine umfassende **Steuerreform** für unerlässlich. SPECTARIS schließt sich daher den steuerlichen Reformvorschlägen des BDI an. Insbesondere international tätige Hightech-Branchen benötigen eine **wettbewerbsfähige und effektive Steuerbelastung** der Unternehmen von maximal 25 Prozent sowie ein nachhaltiges Steuersystem, das Zukunftsinvestitionen, Innovationen und Wachstum in Deutschland begünstigt. Dazu zählen eine strukturelle Modernisierung der Unternehmenssteuern und eine einheitliche Unternehmensteuer, bei der die Gewerbesteuer in die Ertragsteuern integriert ist.

Weiterhin sollten verstärkt **vorwettbewerbliche Standardisierungsprojekte** gefördert werden, damit insbesondere KMU aus dem Hightech-Bereich ihre Geräte sowie Produkte besser vernetzen und damit den internationalen Märkten zugänglich machen können.

Alle strukturellen und innovationsfördernden Maßnahmen können nur in Verbindung mit qualifizierten Fachkräften und digitalen Experten ihre volle Wirkung entfalten. Die intensive Förderung von digitalen Umschulungen und Weiterbildungen im Erwachsenenalter ist das eine. Die Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (**MINT-Fächer**) schon ab den Grundschulen das andere. Der Konsens über diese Notwendigkeit spannt sich seit Jahren über alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Es darf keine weitere Legislatur vergehen, ohne die Qualität und die Attraktivität der MINT-Fächer an Schulen spürbar zu steigern. Initiativen wie das nationale MINT-Forum und der MINT-Aktionsplan der

² Zu finden unter www.zew.de, Länderindex Familienunternehmen, 8. Auflage 2021



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

Bundesregierung 2019 haben dazu konkrete Vorschläge vorgelegt, wie die Lehrpläne, die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und die Wahrnehmung verbessert werden können.³ Jetzt gilt es, die Vorschläge entschlossen und mit ausreichenden Ressourcen anzugehen. Über solche grundlegenden Programme hinaus müssen auch neue **Technologieoffensiven** wie die Förderung der Quantentechnologien frühzeitig, also gleich mit Beginn der Förderprogramme, **von Ausbildungs-offensiven begleitet** werden, um in einigen Jahren für diese Bereiche passend qualifizierte Arbeitskräfte in Deutschland zur Verfügung zu haben.

Mit der im Februar erzielten Ressorteinigung zu einem nationalen **Sorgfaltspflichtengesetz** - auch bekannt als Lieferkettengesetz - strebt Deutschland eine Sonderregelung an, die deutsche Unternehmen sogar gegenüber Unternehmen anderer EU-Länder benachteiligt und damit das Level-Playing-Field verlässt. Zwar ist die Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten wichtig und für die SPECTARIS-Branchen heute schon eine ernste Selbstverpflichtung. Ein nationaler Alleingang ist bei gleichzeitigen Bestrebungen der EU, ein EU-weit gültiges Sorgfaltspflichtengesetz zu schaffen, jedoch suboptimal und führt zu einem Flickenteppich an Regularien für Unternehmen. Die alleinige Anknüpfung des Anwendungsbereichs des geplanten Gesetzes an die Mitarbeiterzahl in Deutschland ansässiger Unternehmen stellt zudem eine Benachteiligung gegenüber ausländischen Konkurrenten dar.

Wir sprechen uns daher für die Schaffung einer gemeinsamen **praxisnäheren EU-Regelung zu Verpflichtungen von Unternehmen in ihrer unmittelbaren Lieferkette** aus, wie sie von der EU-Kommission bereits angekündigt und derzeit geplant wird. Flankiert werden sollte diese durch staatliche Hilfestellungen, etwa durch Leitlinien für Unternehmen im Bereich Einkauf oder durch die Listung von gegen Menschenrechte verstoßende Lieferanten im EU-Regime zur Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen. Dies besäße international mehr Durchschlagskraft und böte Unternehmen mehr Rechtssicherheit im internationalen Handel als ein rein deutsches Sorgfaltspflichtengesetz mit vielen unbestimmten Rechtsbegriffen.

Ein sehr praktisches Anliegen unseres Verbands ist es, unsere Mitgliedsfirmen auch bei **Delegationsreisen der Bundesregierung, v.a. aber des BMWi stärker zu berücksichtigen**. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage vom 3.11.2020 (Drucksache 19/22767, Delegationsreisen mit Wirtschaftsbeteiligung) wurde deutlich, dass KMU auf politischen Reisen der Ressorts deutlich

³ Siehe auch: <https://www.nationalesmintforum.de>



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

unterrepräsentiert sind. In den für die SPECTARIS relevanten Ressorts lagen die Teilnehmerzahlen weit unter 50% - im Einzelnen im BKAm bei 25 %, im AA bei 10 %, im BMWi bei 27 % und im BMZ bei 33 %. Laut Bundeskanzleramt und Bundesministerien wird demzufolge auf eine dem Ziel, Zweck und Schwerpunkten der Reise angemessene, repräsentative Auswahl geachtet. Dabei sollen Branchen und Regionen ausgewogen vertreten sein, auch kleine und mittleren Unternehmen (KMU) sollen berücksichtigt werden. Allerdings sollte der **Anteil der KMU in den relevanten Ressorts aus unserer Sicht auf 50% erhöht** werden, um die Belange der KMU auch auf Auslandsreisen ausreichend repräsentiert zu wissen. Unserer Auffassung nach ist für diese Situation auch die Herangehensweise bei der Auswahl der teilnehmenden Unternehmen verantwortlich. Aktuell werden hauptsächlich der Dachverband BDI und der DIHK in die Bewerbung einbezogen. In einer Demokratie sollte es jedoch allen Verbänden unabhängig von einer Mitgliedschaft im Dachverband ermöglicht werden, Unternehmen für politische Delegationen vorzuschlagen, um eine ausgewogene und heterogene Mischung an Teilnehmern gewährleisten zu können. Deshalb fordern wir eine **transparente, zentrale Liste aller interessierten Verbände** bei den Ressorts, die in die Bewerbungen einbezogen werden statt einer alleinigen Bewerbung über die Spitzenverbände.

Erforderliche Ziele für die nächste Legislaturperiode:

- International wettbewerbsfähige Steuerbelastung der Unternehmen in Höhe von maximal 25 Prozent
- Zeitnahe und vollumfängliche Umsetzung einer Unternehmenssteuerreform
- Förderung von vorwettbewerblichen Standardisierungsprojekten
- Entschlossene Umsetzung von Aktionsprogrammen für die Förderung der MINT-Fächer - insbesondere auch im Hinblick auf neue Technologieschwerpunkte wie den Quantentechnologien
- Keine nationalen Alleingänge bei der Umsetzung von Standards, Sorgfaltspflichten in Lieferketten europäisch regeln
- Zugang zu politischen Delegationsreisen für KMU erleichtern

2. Medizintechnik als Industrie anerkennen

Der Medizintechnik- und In-Vitro-Diagnostik-Branche sind eigenständige und hoch-innovative Säulen der industriellen Gesundheitswirtschaft, die während der Corona-Pandemie ihre Leistungskraft deutlich unter Beweis gestellt haben. Diesem Umstand muss auch wirtschaftspolitisch stärker Rechnung getragen werden. Nur wenn diese Branchen ihren Standort bei uns in Deutschland haben, können sie weiter für gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen. Die Rahmenbedingungen müssen so weiterentwickelt



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

werden, dass Deutschland bei zunehmendem globalem Wettbewerb wieder attraktiv wird.

Die Bevölkerung erwartet von einem modernen Gesundheitssystem zurecht Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Innovationskraft, die nicht von überflüssiger, für die Patientensicherheit irrelevanter Regulierung abgebremst werden. Die Medizintechnik-Unternehmen brauchen daher **dringend wirtschafts-politische Unterstützung bei der praktischen Umsetzung der europäischen Verordnungen (MDR und IVDR)**, deren Unzulänglichkeit inzwischen existenz- und versorgungsgefährdende Ausmaße angenommen hat. Im Rahmen der spätestens nach fünf Jahren anstehenden Überprüfung der MDR soll das Bundeswirtschaftsministerium beauftragt werden, auf eine **Vereinfachung der Verordnung** im Interesse der Innovationskraft der Medizintechnik-Branche zu drängen. Dabei sollte auch eine Obergrenze des Aufwandes der Medizinproduktehersteller für die Erfüllung regulatorischer Anforderungen sowie die Ziele Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft als Zweitmaßstab für die Bewertung künftiger Regulierung eingeführt werden.

Es sollte ein ressortübergreifender **Branchendialog Medizintechnik** auf Bundesebene eingesetzt werden, um mit medizintechnischer Industrie, medizinischer Forschung und Versorgung sowie Vertretern des Bundes und der Länder verlässliche Rahmenbedingungen für eine forschungsstarke, innovative, leistungsfähige, krisenfeste wirtschaftlich gesunde und international wettbewerbsfähige Medizintechnik-Branche in Deutschland zu schaffen.

Aus Gesundheitsdaten kann erheblich mehr Nutzen gezogen werden, um Krankheiten vorzubeugen, die Behandlungsqualität durch Datenanalysen zu erhöhen und die Breitenversorgung durch Datenaustausch und Referenzdaten zu verbessern. In Summe können durch Gesundheitsdaten Patienten mehr Lebensqualität und Behandlern bessere Versorgungsoptionen ermöglicht werden.

Der forschenden Medizintechnik-Industrie muss daher **Zugang zu Gesundheits- und Versorgungsdaten** gewährt werden, wie er für Institutionen der öffentlichen Forschung schon besteht. Es ist die Industrie, die einen Großteil der innovativen digitalen Gesundheitsangebote und Versorgungskonzepte für Patienten und Versicherte entwickelt. Die Politik muss in Abstimmung mit Medizinforschern, Datenschützern und industrieller Gesundheitswirtschaft Regelungen schaffen, wie der Personenbezug von Gesundheitsdaten DSGVO-konform und rechtssicher getrennt werden kann, damit diese Daten ohne weitere Einwilligung der Person für Zwecke der Forschung und Entwicklung genutzt werden können. Daneben müssen Regelungen getroffen werden, unter denen die sensiblen Gesundheitsdaten über eine öffentliche digitale Infrastruktur transferiert werden.



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

Um sensible Gesundheitsdaten sicher und effizient erheben, speichern und verarbeiten zu können, ist der **Einsatz von Daten-Clouds** unabdingbar. Nicht zuletzt beschleunigen Cloud-basierte Datenräume den Datenaustausch signifikant und verbessern die Datenverfügbarkeit substanziell. Ohne Cloud-Computing ist die Funktionsfähigkeit der Gesundheitswirtschaft in Deutschland und Europa stark eingeschränkt. Voraussetzung für cloudbasierte Datenräume sind jedoch **verbindliche Vorgaben der Politik und ein insgesamt einheitlicher Rechtsrahmen zur Nutzung von Cloud-Anbietern** aus den USA und weiterer Drittstaaten. Nur so können die Unsicherheiten, die sich aus dem „Schrems II-Urteil“ des EuGH vom Juli 2020 ergeben haben, beseitigt werden. Dieses Urteil hatte den EU-US Privacy Shield für unrechtmäßig erklärt und stellt selbst Einzelfallprüfungen oder Standardvertragsklauseln unter Vorbehalt.

Weitere Unsicherheit für die Unternehmen ergibt sich aus dem deutschen Datenschutz-Flickenteppich, mit 16 Landesdatenschutzbehörden die ihre DSGVO-Anforderungen unterschiedlich auslegen können. Dieser zusätzlichen Komplexität für deutschlandweit agierende Unternehmen kann nur begegnet werden, wenn die **DSGVO-Vorgaben auf nationaler Ebene harmonisiert** werden. Ergänzend dazu muss die technische und personelle Infrastruktur für einen deutschen „Datenraum Gesundheit“ und dessen Einbindung in einen „European Health Data Space“ dauerhaft finanziert werden.

Patienten, Versicherte und Anwender haben überall und gleichermaßen Anspruch auf moderne und innovative Medizintechnik, treffen aber vor Ort in den Bundesländern auf unterschiedliche Versorgungsniveaus. Daher sollte die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser auf den Prüfstand gestellt werden. Der Bund sollte im Rahmen einer **Innovationsoffensive** – Austausch alter Medizingeräte durch moderne, innovative Medizintechnik – gezielt diejenigen Bundesländer belohnen und unterstützen, die ihrer Investitionszusage gegenüber den Krankenhäusern nachkommen. Investitionen in die digitale Infrastruktur des Gesundheitssystems sind weiterhin dringend erforderlich. Gleichzeitig müssen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit moderner Medizintechnik und Hilfsmitteln ausgestattet werden, um das dort tätige Personal bei der Ausübung seiner täglichen Arbeit zu unterstützen und zu schützen.

Erforderliche Ziele für die nächste Legislaturperiode:

- Medizintechnik als wesentliche Säule der industriellen Gesundheitswirtschaft stärken
- Digitalisierung vorantreiben durch Nutzung von Gesundheitsdaten zur industriellen Forschung
- Die deutsche Gesundheitsinfrastruktur mit einer Innovationsoffensive modernisieren



3. Bürokratiebremse jetzt!

Anträge, Berichtspflichten, Statistiken, Nachweise, Bescheinigungen – die deutsche Bürokratie raubt den Unternehmen Zeit und kostet Geld: Beides wird in und nach der Krise für das Wiedererstarken der Wirtschaft dringend benötigt. Ziel muss eine kontinuierliche Entlastung statt einer Belastung mit immer mehr Regeln sein, die eine nachrangige Bedeutung für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt haben. Die **gesetzliche Bürokratiebremse** muss sicherstellen, dass die für jedes neue Bundesgesetz anfallenden Verwaltungskosten an anderer Stelle im gleichen Maße abgebaut werden („One in one out“-Regel). Diese Regel muss auch für die Umsetzung von EU-Recht gelten, das bislang von der Bürokratiebremse nicht erfasst wird. In der schwierigen Post-Corona-Aufbauphase sollten darüber hinaus jegliche **zusätzliche Regulierung vermieden werden**, sowohl in der EU als auch in Deutschland.

Marktakteure sollten sich nicht in einem Flickenteppich an Regularien wiederfinden, die zu einem Investitionsrückgang und Wettbewerbsverzerrungen führen. Auf nationaler Ebene sollten **keine neuen bürokratischen Hürden** aufgebaut werden, wenn auf EU-Ebene bereits ähnliche Verordnungsvorschläge beraten werden oder andere Ressorts innerhalb der Bundesregierung auf nationaler Ebene ähnliche Gesetzesvorschläge planen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der im ersten Kapitel beschriebene nationale Alleingang beim Sorgfaltspflichtengesetz, obwohl gleichzeitig auf EU-Ebene ebenso intensiv an einer EU-weiten Regelung gearbeitet wird.

Speziell im Gesundheitswesen kommen zur allgemeinen Bürokratie noch viele weitere regulatorische Anforderungen hinzu, die zu einer überdurchschnittlich hohen Belastung der Unternehmen führen. In der jüngst eingeführten Medical Device Regulation (MDR) stehen viele Anforderungen in einem zweifelhaften Verhältnis zum Patientennutzen, verzögern die Einführung von Innovationen und drängen mittelständische Hersteller und ihre versorgungskritischen Produkte aus dem Markt. International agierende Unternehmen werden global andere Standorte ausbauen. In der Medizintechnik müssen daher die Ziele **Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Innovationskraft weitere Maßstäbe für die Einführung künftiger Regulierung** werden.

Erforderliche Ziele für die nächste Legislaturperiode:

- Bürokratiebremse: Keine zusätzlichen Regulierungen in der unmittelbaren Nach-Corona-Zeit, danach striktes „One in, one out“-Prinzip, auch im Verhältnis von europäischem zu nationalem Recht



- Bessere Abstimmung innerhalb der Ressorts der Bundesregierung sowie auf EU-Ebene bei gleichlautenden Gesetzesvorhaben
- Auslegung der Medizinprodukte-Regulatorik vereinfachen

4. Barrieren für die deutsche Außenwirtschaft beseitigen

Die SPECTARIS-Branchen leben vom internationalen Geschäft: Knapp 2/3 ihres Umsatzes erwirtschaften sie im Ausland. Es ist zu befürchten und schon zu beobachten, dass nach der Corona-Krise viele Länder zur Stärkung der eigenen Wirtschaft protektionistische Maßnahmen ergreifen werden. So treibt die Volksrepublik China trotz Investitionsabkommen die Entkoppelung der eigenen Wirtschaft voran, erschwert den Zugang zu lokalen Beschaffungsvorhaben und schützt so seine Lieferanten und Abnehmer vor internationaler Konkurrenz. Auch die USA, Indien, Indonesien oder Russland bevorzugen bei öffentlichen Ausschreibungen zunehmend lokal hergestellte Produkte. Diesen Tendenzen muss mit einem klaren politischen Willen begegnet werden, um unsere Spitzenposition im Welthandel zu unterstützen und den Freihandel zu sichern. Die Außenwirtschaft der dt. Hightech-Branchen benötigt hierfür **praxistaugliche, transparente und rechtssichere Vorgaben im Bereich trade compliance, Zoll und Exportkontrolle**. Weiterhin empfehlen sich **gezielte Exportfördermaßnahmen** und fortlaufende **Dialoge** mit den Regierungen, in denen die Herausforderungen im Handel adressiert werden.

Im weltweiten Handel wird das Risikomanagement immer wichtiger. Daraus resultiert eine zunehmende Belastung für die Firmen. Unternehmen müssen für plötzliche Änderungen bei Exportbestimmungen gewappnet sein, seien es Strafzölle, verschärfte Sanktionen gegenüber wichtigen Handelspartnern, „schwarze Listen“ wie im Fall Huawei, extraterritorial wirkende Exportkontrollbestimmungen einzelner Staaten oder singuläre Ereignisse wie der Brexit. Außenpolitik mit Hilfe von Strafzöllen und Sanktionierungen muss aufhören. **Tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse müssen beseitigt werden**. So führen beispielsweise unterschiedliche Registrierungs-, Kennzeichnungspflichten und Anforderungen an Konformitätsbewertungsverfahren zu erheblichen personellen und finanziellen Mehraufwänden, die dann für innovative Produktweiterentwicklungen fehlen. Daher müssen **sektorspezifische Ansätze in Freihandelsverhandlungen** mit einbezogen werden, vor allem die Zusammenarbeit mit Handelspartnern im Bereich der Regulierung. Dies beinhaltet vor allem die



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungsverfahren und Produktstandards. Globale diversifizierte Lieferketten für die Labor- und Medizintechnik müssen aufrechterhalten werden können und **Rohstoffsoveränität** als zentrales Element einer europäischen Strategie definiert werden. Diese müsste sich in entsprechenden bi- oder multilateralen Abkommen und Allianzen niederschlagen, die etwa den Zugang zu Seltenen Erden absichern.

Weiterhin ist es notwendig, die hohe Relevanz von Medizintechnikprodukten sowie Gütern aus dem Bereich Analysen-, Bio- und Labortechnik bei jeglichen handelspolitischen Instrumenten zu bedenken. So sind etwa Ausnahmen für humanitäre Güter bei Überlegungen zu neuen Sanktionsgesetzgebungen zu beachten und diese auch möglichst mit großen Partnern wie den USA abzustimmen. Zudem müssen Handelsbeschränkungen, wie wir sie z.B. bei den **Exportverboten** zu Zeiten der Corona-Pandemie für bestimmte medizinische Güter gesehen haben, **unbedingt vermieden** werden. In Ergänzung dazu sollten Handelserleichterungen für diese Produkte, z.B. über Zollfreiheit oder vereinfachte Marktzugangsbedingungen etwa in Form einer gegenseitigen Anerkennung von Zertifizierungen, stärker in bilateralen Gesprächen bzw. Gesprächen auf EU-Ebene mit Partnerländern Eingang finden. Zudem müssen die Vorteile der Freihandelsabkommen in den Unternehmen unbürokratisch umsetzbar und transparent erklärt werden, damit die Unternehmen diese auch tatsächlich aktiv nutzen können.

Um zu den protektionistischen Vorhaben einzelner Staaten in der Industriepolitik ein Gegengewicht zu setzen, muss weiter vehement die Handlungsfähigkeit der WTO gestärkt werden. Die nun für den 30. November bis 3. Dezember 2021 in Genf geplante zwölfte WTO-Ministerkonferenz muss dringend umgesetzt werden, alternativ in digitaler Form, um die **notwendigen Reformen der WTO** anzustoßen. Die EU-Kommission hat dazu bereits Pläne veröffentlicht: „Reforming the WTO towards a sustainable and effective multilateral trading system“. Mit der Rückkehr der USA in die Runde muss dabei auch eine Lösung zur Aufrechterhaltung der zweiten WTO-Schiedsinstanz gefunden werden, damit die Corona-Krise nicht zu einer Protektionismus-Krise wird. Hier ist es dringend erforderlich, eine **multinationale Lösung der WTO-Frage** mit möglichst vielen Partnern zu erreichen und alternative regionale Lösungen wie etwa die „EU Enforcement Regulation for trade disputes“ hinten an zu stellen.

Begleitend zur Stärkung der WTO sollte sich die Bundesregierung in einer Zeit, in der der Multilateralismus häufig an Boden verliert, innerhalb der Europäischen Union für den Abschluss und den **Ausbau bilateraler Handelsabkommen** stark machen. Dies umfasst zum einen den Abschluss der Handelsabkommen mit Australien, Neuseeland sowie den Mercosur-Staaten. Zum anderen sollten ins Stocken geratene



SPECTARIS e. V.
27. Oktober 2021

POSITIONSPAPIER

Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit strategisch wichtigen Partnern wie den USA, Indien oder China wieder aufgenommen werden.

Die **Exportförderung** und **Exportfinanzierung** der deutschen staatlichen Stellen sollten erweitert werden. Die Instrumente zur Exportförderung, wie z.B. Auslandsmessebeteiligungen oder Delegationsreisen, haben sich bewährt. Zur Stärkung der Exporttätigkeit nach der Krise sollten diese nicht nur fortgeführt, sondern weiter verzahnt, ausgebaut und in den Geschäftsbedingungen flexibilisiert werden. Übergreifend wäre es wünschenswert, wenn es eine **zentrale Plattform der Außenwirtschaftsförderinstrumente** gäbe. Die darin aufgeführten Angebote des Bundes sollten dabei nach Zielmärkten und Branchen geclustert zentral über die Plattform veröffentlicht werden. So könnten Unternehmen auf einen Blick sehen, welche Instrumente in welcher zeitlichen Abfolge für ihre Zielmärkte bzw. -branchen genutzt werden können und ihre Aktivitäten besser daran ausrichten.

Erforderliche Ziele für die nächste Legislaturperiode:

- Konsequenter Einsatz für Freihandel und gegen Protektionismus
- Zoll- und Exportkontrollvorgaben müssen eindeutig und administrativ umsetzbar sein
- Gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungsverfahren, Produktstandards und der Verhinderung von tarifären Handelshemmnissen
- Stärkung der WTO
- Ausbau bilateraler Handelsabkommen mit Mercosur-Staaten, Australien und Neuseeland sowie Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA, China und Indien
- Ausdehnung der Exportförderung und Exportfinanzierung
- Etablieren einer übergreifenden Plattform mit branchenbezogenen Aktivitäten zum Thema „Außenwirtschaftsförderinstrumente“

*SPECTARIS ist der Deutsche Industrieverband für Optik, Photonik, Analysen- und Medizintechnik mit Sitz in Berlin.
Der Verband vertritt 450 überwiegend mittelständisch geprägte deutsche Unternehmen.*

*Die Branchen Consumer Optics (Augenoptik), Photonik, Medizintechnik sowie Analysen-, Bio- und Labortechnik
erzielten im Jahr 2020 einen Gesamtumsatz von über 72 Milliarden Euro und beschäftigen rund 330.000 Menschen.*
